

# Ottendorfer Zeitung

Local-Anzeiger für Ottendorf-Drilla und Umgegend.

Bezugs-Preis:  
Dorteljährlich beim Abholen von der  
Geschäftsstelle 1.00 Mk., frei ins Haus  
1.50 Mk.  
Einzelne Nummer 10 Pfg.  
Erscheint Dienstags, Donnerstags und  
Sonnabends Nachmittags.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Anzeigen-Preis:  
Die einseitige Zeile oder deren Raum  
20 Pfg., Lokalpreis 15 Pfg.  
Reklamen auf der ersten Seite 40 Pfg.  
Anzeigen-Aufnahme  
bis spätestens Mittags 12 Uhr des  
Erscheinungstages.

Druck und Verlag von Hermann Rühle, Ottendorf-Drilla.

Verantwortlicher Schriftleiter Hermann Rühle, Groß-Drilla.

Nummer 151

Sonntag, den 29. Dezember 1918.

17. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Wahlliste für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung liegt  
vom 30. Dezember 1918 bis 6. Januar 1919

im Gemeindeamt zu Ottendorf-Moritzdorf während der geordneten Dienststunden öffentlich  
aus.

Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wahlliste sind bis zum  
Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder zu Protokoll unter Vorlegung etwaiger Beweismittel  
beim Unterzeichneten anzubringen.

Ottendorf-Moritzdorf, am 28. Dezember 1918.

Der Gemeindevorstand.

### Lesehölzchen betr.

Denjenigen Personen hiesiger Gemeinde, die um Lesehölzchen für 1919 nachsuchen  
wollen, wird anheimgegeben, sich bis

30. Dezember d. J.

im hiesigen Gemeindeamt während der üblichen Dienststunden zu melden.

Später eingehende Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden.

Ottendorf-Moritzdorf, am 24. Dezember 1918.

Der Gemeindevorstand.

### Neuestes vom Tage.

— Aus Berlin wird gemeldet: Das Vaterland hat durch den Mund seiner Beauftragten den Dofern des Krieges immer wieder erklären lassen, daß es seiner verfallenen und kriegserschütterten Söhne nicht vergessen wird. Am Weihnachtstage macht nun die Reichsregierung das Versprechen wahr und legt denen, die auf Versorgung durch die Allgemeinheit ein Recht haben und den vierjährigen Kampf mit ihren Gliedern und ihrer Gesundheit bezüht haben, ein Weihnachtsgeschenk auf den Tisch. Deutschland ist arm, aber auch in seiner Armut denkt es an die Opfer des Krieges und will ein wenig Freude und Zufriedenheit in jedes Haus eines Kriegesbeschädigten bringen. Die neue Verordnung verdoppelt für den Monat Januar die laufenden Versorgungsgebühre und Unterhaltungen. Bei Rentenzuschlägen tritt eine Erhöhung von 50 bis 100 Prozent je nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit ein. Auch die Verfallenszulagen, auf welche ehemalige Soldaten keinen gesetzlichen Anspruch haben, werden wesentlich, so bei schweren Siechtum und bei Geisteskrankheit um das Dreifache erhöht. Es muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Auszahlung in dieser erhöhten Weise aus technischen Gründen bei der großen Zahl der Versorgungsberechtigten leider nicht vor Ablauf einiger Monate wird bewirkt werden können.

— Um den Besitz des von Matrosen besetzten Berliner Schlosses und Marstalls fanden heftige Kämpfe statt. Die Truppen, die die Niederwerfung des Matrosenputsches herbeiführten, waren die erst vorgestern abend aus Finnland zurückgekehrte Gardesavallerie-Division unter Oberst v. Tschirsky und Bogendorff, die die Nacht im Zentrum zugebracht hatten. Beim Hellenwerden rückten die Truppen auf das Schloss zu, fanden aber sehr bald Widerstand, da sich ihnen Matrosen mit Maschinengewehren und einem Geschütz entgegenstellten. Daraufhin ließ der Kommandant die Artillerie abziehen und das Schloss beschießen. Zwei Schiffe lagen in der Erde in der Höhe des Wägen Saales. Die beiden Portale sind vollkommen eingeschossen und die prachtvollen Steinarbeiten vernichtet. Der Balkon, von dem Wilhelm II. vor Kriegsausbruch seine historischen Worte: „Ich kenne keine Parteien mehr“ zum ersten Male sprach, weil ein tiefes Loch auf. Das Mitteldrang in diesem Teil des Schlosses ein, während die nach dem Schloßplatz gelegenen Teile noch von den Matrosen besetzt waren. Dann erfolgte der Angriff auch auf den Marstall. Die Matrosen ließen die Soldaten auf etwa 20 Schritt herankommen und eröffneten dann aus verdeckt gehaltenen und im letzten Augenblick hervorgeholten Maschinengewehren ein heftiges Feuer auf die Anrückenden, die dabei zwei Verwundete hatten. Die Fassade des Marstalls sieht wüst aus. Der erste Schuß riss ein Loch von einigen Metern Durchmesser zwischen den Fenstern des ersten Stockes. Ein zweiter Schuß riss eine Sandsteinbekrönung herunter, weitere Schüsse fielen im Parterregehoß. Schloss und Marstall sind nach wie vor in den Händen der Matrosen, die sehr stolz auf ihren Erfolg sind und jedem, der es hören will, erzählen, daß sie trotz des „Friedensvertrages“ nicht daran denken, ihr Hauptquartier zu räumen. Sie betrachten sich als die Sieger und haben auch Recht darin, denn die Regierung hat auf der ganzen Linie nachgegeben. Die Truppen sind, soweit sie nicht in Berlin in Garnison stehen, entwaffnet und zurückgezogen. Der Kommandant von Berlin, der Reichswehrsozialist Wels, der einzige, der wirklichen Schweiß hatte, ist abgesetzt. Der Rat der Volksbeauftragten hat nun bereits seit zwei Tagen was zu tun. Aber die Reichswehrsozialisten müssen selbst anerkennen, daß ihr Ansehen einen bösen, vielleicht unheilbar tödlichen Stoß erlitten hat. Die Schlacht ist zu ungünstig der Regierung entschieden, denn die Spartakusgruppe ist leider die einzige Partei, die einen festen Plan vor sich sieht. Sie arbeitet tatkräftig und zielbewußt. Die Reichswehrsozialisten selbst scheinen halb und halb damit zu rechnen, daß ihre Tage gezählt sind. Sie suchen sich zwar noch zu halten, aber selbst in der Wilhelmstraße wird bereits vorsichtig andeutend die Parole ausgegeben, daß das Kabinett durch neuen Zugang von links ergänzt werde, d. h. auf Deutsch, der Einzug von Ledebour und Liebknecht in den Rat der Volksbeauftragten. Da diese aber mit den Reichswehrsozialisten unter keinen Umständen zusammenarbeiten wollen, würde das gleichzeitig das Ende Ebers und Scheidemanns bedeuten. Noch und, wie versichert wird, die Beratungen nicht zum Abschluß gebracht.

— In der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember veranstalteten die Verlegten vor dem Hamburger Rathaus eine Demonstration. Sie närrten in das Rathaus ein, bemächtigten sich des dort anwesenden Inspektors Arnold und schleppten ihn auf die Straße. Er wurde so schwer mißhandelt, daß er auf dem Wege nach dem Krankenhaus starb. Zwei

von der rasenden Menge verfolgte Bergwerksdirektoren mußten nach Offen flüchten. Die Streikenden fordern von der Stadt Hamburg Auszahlung der von der Regierung angeblich zugelangten Lohnzuschläge und Uebernahme der Thyssen'schen Bergwerksbetriebe durch die Stadtverwaltung Hamburg. Um diese Forderungen durchzusetzen, werden weitere Demonstrationen vor dem Rathaus geplant. Berichtweise verlautet, daß das Haus von Tausenden von der Menge gestürmt worden ist und die beiden Herren Thyssen nur das nackte Leben retten konnten.

### Vertilgung des Sächsischen.

Ottendorf-Drilla, 28. Dezember 1918.

— Leutnant d. Res. Johannes Endler, Ritter des Albrechtsordens mit Schwertern und Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse.

— Endlich ist nun auch für Sachsen der Tag der Wahlen zur Landesversammlung anberaumt worden. Der Termin bis zum 2. Februar ist reichlich weit hinausgeschoben. Erst vierzehn Tage nach Eröffnung der Nationalversammlung fürs Reich sollen die Wahlen für die sächsische Landesversammlung stattfinden. Der aus praktischen Erwägungen mehrfach vertretene Gedanke, die erforderlichen Wahlen für Reich, Staat und Gemeinde an einem Tage vorzunehmen, hat keine Zustimmung bei der sächsischen Regierung gefunden. Die Begründung, die diese für ihre abweichende Stellung gibt, erscheint nicht stichhaltig. Eine sächsische Landesversammlung wäre unter allen Umständen auch erforderlich, wenn sich die Nationalversammlung fürs Reich für eine deutsche Einheitsrepublik aussprechen sollte. Es wurde schon wiederholt betont, daß die unantastbaren Bestimmungen die sich vielfach geltend machen, durchaus Unterjüngung finden. Trotzdem ist aber auch im Falle der Verwirklichung eines Einheitsstaates so viel an schwerwiegenden Uebergangsproblemen zu erledigen, daß darüber unbedingt das ganze Land gehört werden muß. Wie die Dinge augenblicklich liegen, besteht allerdings für den Einheitsstaat vorläufig keine große Aussicht. Das kann sich aber immer noch ändern und wird sich hoffentlich auch ändern. Jedenfalls müssen wir uns was die Wahlen anlangt, nunmehr damit abfinden, daß die Wähler im ganzen dreimal zur Urne schreiten müssen. Das bedeutet also eine Ausdehnung des Wahlfiebers bis in die ersten Tage des Februar hinein. Sache der Parteien ist es jetzt, die Vorbereitungen für die Kandidatenlisten unverzüglich in Angriff zu nehmen. Da das Wahlrecht fürs Reich auch für Sachsen angewendet werden soll, haben wir also die Wahlberechtigung aller männlichen und weiblichen Personen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben. Die Verteilung der Abgeordnetenstärke erfolgt nach dem Grundsatz des Verhältniswahlsystems. Die sächsische Landesversammlung wird aus 96 Abgeordneten bestehen, davon entfallen auf den Wahlkreis Leipzig 24 auf die Wahlkreise Dresden und Chemnitz je 36. Sachsen wird also in seine Landesversammlung dreimal soviel Vertreter entsenden wie in die Nationalversammlung fürs Reich. Als ein Gebot der Zweckmäßigkeit würden wir es erachten, wenn Doppelmandate möglichst vermieden würden. Und nun frisch ans Werk!

— Es wird darauf hingewiesen, daß die roten und weißen Pferdeklauen Freizügigkeit im Bereiche des 12. Armeekorps haben. Demnach kann sich jeder Inhaber einer roten bzw. weißen Pferdeklau an allen in diesem Korps-Bereich stattfindenden Pferde-Versteigerungen beteiligen. Die Versteigerungen

werden in den Tageszeitungen rechtzeitig bekanntgegeben.

— **Paula.** Wegen ihrer gemeingefährlichen Tätigkeit mußten sich vor der vierten Strafammer verantworten: der Stationskassierer Friedrich Hermann Rischnik, dessen 16-jähriger Sohn Kurt, sowie die Güterbodenaußsichtsarbeiterinnen Helene Graf und Elsa Moshage Rischnik (Water) vor Stationskassierer auf der Haltestelle Louisa und hat in der Zeit von Juli 1917 bis Juli 1918 in einer Unmenge von Fällen auf dem Güterboden der kleinen Station Eisenbahngüter, bestehend aus Kisten, Körben, Fässern, Pakete und dergleichen, teils ganz gestohlen, teils mit Gewalt geöffnet und Teile der verpackten Ware herausgenommen und die beschlagnahmten Güter wieder vernagelt. In einer großen Anzahl von Fällen hat er die verdreherische Tätigkeit gemeinschaftlich mit seinen beiden Untergebenen, den obengenannten Güterbodenarbeiterinnen, ausgeführt. Einen Teil der gestohlenen Güter hat er von seinem Sohn, einen Teil auch von seiner Frau nach Hause tragen lassen. Außerdem hat aber auch sein Sohn selbständig Gegenstände vom Güterboden gestohlen. Die Mutter des R. sowie die Mutter der M. sind angeklagt, weil sie sich Güter und Waren schenken ließen, von denen sie den Verhältnissen nach annehmen mußten, daß sie durch strafbare Handlungen erlangt worden waren. Als Diebstahlsobjekte kamen Brot, Mehl, Kaffee, Zucker, alle Sorten Gemüse, Speck, Fleisch, aber auch Kleider und Wäscheartikel, Wollwaren, wollene Decken usw. in Betracht. Vielfach hat es sich um Pakete gehandelt, die an hier internierte Kriegsgefangene adressiert waren. Rischnik (Water) wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, drei Jahren Ehrverlust, R. (Sohn) zu drei Monaten, Mutter zu drei Monaten, die Graf zu sieben Monaten, die Moshage (Tochter) zu vier Monaten einer Woche, die M. (Mutter) zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

### Eingefandt.

Auf das „Eingefandt“ in Nummer 147 erlaube ich mir folgendes: Der Herr Einfander empfiehlt die Gründung eines Beamtenvereins. Jeder Beamte dürfte den Wunsch teilen; denn verbunden werden auch die Schwachen mächtig. Diese Vereinigung hat aber meines Erachtens nur Sinn und Zweck, wenn sie die wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitglieder als wesentlichen Programmpunkt aufstellt. Sollte der Herr Einfander dies auch wünschen, so braucht meines Erachtens nicht gerade die gegenwärtige Zeit vor den Wahlen benutzt werden. Im übrigen wäre dem Herrn Einfander zu raten, die Beamten zu einer Sitzung zusammenzurufen, das Eingefandt ohne Namensunterschrift bringt die Beamten nicht vorwärts.

Lehrer Beger.

### Mitteilungen des Lebensmittelamtes.

Verteilung von Nahrungsmitteln am 28. 12. Auf die gelbe Karte A 500 gr Getreidemehl zu 80 Pfg., 500 gr Zwieback zu 1,68 Mk. Auf die rote Karte B 125 gr Feigwaren zu 17 Pfg. und 250 gr Jäger-Suppe zu 43 Pfg. Auf die grüne Karte C 125 gr Jäger-Suppe zu 22 Pfg. Auf die blaue Karte D 250 gr Biles zu 24 Pfg. und 250 gr Zwieback zu 84 Pfg.

Geringe werden in sämtlichen Geschäften abgegeben.

Ein weiterer Teil Kartoffel-B-Abschnitte wird bei Herrich beliefert. Ein Zentner kostet 9,50 Mk. Abschnitte sind vorher im Reichamt zur Abstempelung vorzuliegen. Abholung sofort.